

Zeitschrift:	Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band:	140 (2014)
Heft:	9
Artikel:	Jetzt wird klar : Politik ist schuld am Scheiss-Sommer
Autor:	Schäfli, Roland
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-947035

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jetzt wird klar:

Politik ist schuld am Scheiss-Sommer

Bekanntlich fügen wir uns ja in der Schweiz einem Prinzip von drei Gewalten: Legislative, Exekutive und Judikative. Der bei Drucklegung dieses Hefts endlich vergangene Sommer – ein Ende, das sehnlicher herbeigewünscht wurde als mancher Lottogewinn – hat jedoch gezeigt, dass wir uns einer vierten Gewalt beugen. Der Natur. Jawohl, die Naturgewalt, die sich, anders als die anderen drei Gewalten, einen feuchten Dreck darum schert, ob sie wiedergewählt wird.

Wenn der Sommer, der diesen Namen nicht verdient, eines gezeigt hat, dann dass die Schweizer Politik gegenüber der Natur mit heruntergelassenen Hosen dasteht, und damit steht Geri Müller, der arme Tropf, nun für einmal nicht ganz allein da. Tatsächlich war es nacktes Entsetzen, das die Bevölkerung beschlich, als sie feststellen musste, dass die Politik der Naturgewalt gar nicht Herr werden konnte. Obwohl der Staatssender uns allabendlich in Prognosen vorgaukelt, das Wetter von morgen vorhersagen zu können, verhält es sich in Wirklichkeit so, dass das Wetter macht, was es will. Politiker wollen uns weismachen, Natur, das sei doch ganz natürlich. Aber man brauchte nur aus dem Fenster zu sehen, an das die Regentropfen trommelten, um sich ein Bild vom Ausmass des Versagens der Schweizer Politik zu machen.

Der Sommer ist vorbei, die Sonnencrème-Tube für nichts und wieder nichts ausgequetscht, die Ferienreisenden sind von ihrer langen Expedition durch den Gotthard zurückgekehrt, und viele Bademeister warfen das Handtuch. Nun ist die Zeit, mit dem Finger auf die Schuldigen für diese Naturkatastrophe, die sich Sommer nennt, zu zeigen und Massnahmen zu ergreifen. Der «Nebelspalter» erlaubt sich die kritische Nachfrage, wann die Politik gedenkt, endlich etwas gegen die Missstände der Natur zu unternehmen, die in diesem Land schliesslich auch die Gesetze zu befolgen hat. In ihrem Fall die Naturgesetze.

Unser Land kam diesen Sommer vor lauter Überschwemmungen nicht zur verdienten Ferienruhe. Flüsse traten ungehindert über die Ufer, hielten sich einfach nicht mehr an die auf offiziellen Karten eingezeichneten Verläufe. Die unbändige Natur verhielt sich – wir bemühen den Vergleich gerne noch

einmal – wie ein Geri Müller, der seiner Natur freien Lauf lässt. Tatenlos sahen unsere gewählten Volksvertreter von links bis rechts zu, wie ganze Landstriche blubbernd untergingen. Natürlich, die betroffenen Dörfer tauchten am nächsten Tag meist wieder auf. Aber so lange sollte kein Schweizer die Luft anhalten müssen. Die notleidende Bevölkerung hat in der Naturkatastrophe Standfestigkeit bewiesen. Anders als andere Opfer von Naturkatastrophen verliessen die Schweizer nicht einfach fluchtartig ihr Land, um sich als Flüchtlings in der Schweiz anzumelden – freilich eine vertrackte, ja schizophrene Situation.

Die Untätigkeit, um nicht zu sagen Unfähigkeit der Politik, die Natur endlich in ihre Schranken zu weisen, äusserte sich auch dramatisch in Flora und Fauna. Wo war die SVP, als die illegal eingewanderte, asiatische Buschmücke sich ungehindert ausbreitete und uns mehr Blut absog als der Steuerkommissär? Wo war denn die Rechte, die von sich behauptet, das Igel-Prinzip der Schweiz zu verteidigen, als eben jene Igel, diese herzigen, wenn auch unnützen Viecher, im Wasser sang- und klanglos erstoffen? Und wo waren eigentlich die Grünen, als die Schnecken, sich vor Freude im nassen Gras suhlend, unsere Bio-Gärten plünderten? Weil das Gemüse wegen des vielen Regens später reif wurde, ergab sich zudem ein volkswirtschaftlicher Schaden. Wer eine rote Tomate wollte, musste sie schon aus Spanien kommen lassen. Die Kartoffeln mussten extra aus Ägypten geholt werden. Und der Spargel hatte mehr Verspätung als Christoph Mörgeli bei der Einreichung einer Anzeige.

Der «Nebelspalter» empfiehlt daher mit Nachdruck die Annahme seiner demnächst lancierten Massenüberschwemmungsinitiative. Der Naturgewalt muss beizukommen sein wie jedem Gewalttäter, dem bei Vergehen Strafe winkt, nötigenfalls auch mit einem Sondersetting. Vom nassen Wetter begünstigte Viecher sollen nur noch in Kontingenten einwandern dürfen, und die Niederschlagsmenge muss auf ein sinnvolles Mass beschränkt werden. Liebe Leserinnen und Leser: Wenn einem das Regenwasser bis zum Hals steht, ist das nicht der Moment, vor der Natur auf die Knie zu gehen.

ROLAND SCHÄFLI

Auf die linke Tour

Lasset uns petzen

Wir haben es schon immer gehabt: Lehrer indoktrinieren Kinder. Jawohl, der Lehrer beeinflusst das ungeschützte Schülerhirn! In jenem zarten Alter, in dem der heranwachsende Mensch noch nicht den später antrainierten Abwehrreflex für alles, was von links kommt, besitzt! Vor allem im Geschichtsunterricht findet eine regelrechte Gehirnwäsche statt. Denn dort trichten Lehrpersonen der Jugend ungefiltert linke Inhalte ein. Dagegen tritt jetzt die junge SVP auf den Plan. Die Lehrerschaft würde in den Unterrichtsstunden, die dem Zweiten Weltkrieg gewidmet sind, die SVP als Vergleich zur NSDAP heranziehen, kritisieren die Jung-SVPl. Die schlimmsten Befürchtungen bestätigen sich: Linke Lehrer programmieren Jugendliche zu «Schläfern», die später durch ein Codewort aufgeweckt werden, um roboterhaft an die Urne zu marschieren und für eine SP-Initiative zu stimmen. Die JSVP richtet darum eine Meldestelle ein; auf www.freie-schule.ch können Schüler jene Lehrer anschwärzen. Es stellt sich freilich die Frage, wie die jungen, gerade von der Schule abgegangenen SVPl sich überhaupt selbst der SP-Gehirnwäsche entziehen könnten. (rs)

Die Mörgeli-Frist

Christoph Mörgeli hat erneut eine gesetzliche Frist für eine seiner Anzeigen verpasst, in diesem Fall jene gegen die «Rundschau». Der SVP-Nationalrat macht sich darum nun für eine neue Fristenlösung stark. In Anlehnung an die Fristenregelung zum Schwangerschaftsabbruch, solle der Zeitraum, in der eine Anzeige eingereicht werden kann, ebenfalls gemessen werden erst ab dem Tag, an dem Mörgeli mit der Idee für die Anzeige schwanger geht. Was allerdings der eigentliche Grund dafür ist, dass der SVP-Vordenker immer öfter Termine im Zusammenhang mit seiner Kündigung an der Uni verschläft, haben Recherchen des «Nebelspalter» ergeben: Mörgeli hat seinen Kalender noch immer auf «Uni-Zeit» eingestellt; nach dieser Zeitrechnung funktionieren Uni-Studenten, denen es bei der Gesamtdauer ihres Studiums auf ein Jahr mehr oder weniger nicht so drauf ankommt. Parteikollegen befürchten nun, dass Mörgeli zu den Nationalratswahlen 2016 den Rücktrittstermin verpassen könnte.

ROLAND SCHÄFLI